

Veranstaltungen im Oktober

Rote Flora im Oktober

1.10. **Flora get loose** Garage Groove Party mit DJ Timmy John (London). Dancefloormix aus Soul, Jazz, Funk und Disco. 22 Uhr
2.10. Vorbereitungs- und Koordinierungstreffen zu Aktionen gegen das Pferderennen in Pardubice (Tschechei) am 10.10.
Im letzten Jahr kamen 5 Pferde bei diesem Querfeldeinrennen zu Tode. TierrechtlerInnen, die den "Taxisgraben" blockierten, wurden von den Schergen brutal zusammengeschlagen. 18 Uhr
9.10. Solidisco für die Vokü-Renovierung. große Halle, 22 Uhr
13.10. Konzert: **Israelvis** (Trondheim), große Halle, 21 Uhr
15.10. Konzert: **Toxic Waste** (Belfast) und **Bad Influence** (Belgien), Keller, 21 Uhr
24.10. Kindertheater, 15 Uhr
28.10. Konzert: **Blood on the saddle** (USA, Cowpunk, Trash), große Halle, 21 Uhr
29.10. Atonales Festival, 21 Uhr

Vorschau November:
5.11. Konzert: Dog Faced Hermans
13.11. Solidisco für das Archiv der sozialen Bewegungen und das Zeck

Soli-Disco für die Renovierung der Flora-Vokü
9.10. 22 Uhr große Halle

Weitere Termine

2.10. **"Hoch die antifaschistische Solidarität- den nationalen Konsens kippen."**
Aktionstag in Göttingen anläßlich des "Tages der deutschen Einheit"
12.30 Agit-Prop-Aktionen auf dem Markt
17 Uhr Demonstration
abends Antifa-Party (Mensa/Wilhelmsplatz)
2.10. **"Kein ruhiges Hinterland! DVU angreifen"**
Aktionstag gegen das Treffen der DVU in Passau.
12.30 Demonstration Europaplatz/Bahnhof begleitend Infostände, Ausstellungen, Filme, Agit-Prop, antifaschistische Stadtführungen, Antifa-Fest am Abend.
9.10. **"Sofortige und Bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller"**
Lübeck, Parkplatz Wallhalbinsel, 11 Uhr
19-21.10. Natotagung in Lübeck-Travemünde.
Mit Sörungen kann gerechnet werden.
31.10.-5.11. **International Earth Nights**
Die "Earth Liberation Front" ruft auf zu einer Serie von Protesten gegen die Zerstörung der Natur und der Vernichtung von Leben durch Regierungen und multinationale Konzerne. Umwelt-, Tierrechts- und revolutionäre Gruppen sollen an diesen Tagen ihre Aktionen bündeln.
(aus dem Aufruf)

Brigaden nach Nicaragua?
Brigaden nach Nicaragua!

Die Brigadenvorbereitungsgruppe Hamburg plant, von Februar bis April 1994 eine Arbeitsbrigade nach Nicaragua zu schicken.
Die Vorbereitungszeit ist von Ende Oktober 93 bis Anfang Februar 94. Um über das Brigadenkonzept und die aktuelle Situation in Nicaragua zu informieren, finden zwei Infotreffen statt; am Mittwoch, den 6.10. um 19.30 Uhr und am Samstag,den 9.10. um 15 Uhr, jeweils bei EL Rojito, Gr. Brunnenstr. 74, Hamburg-Altona.

ZECK

Nummer 19,
Oktober 1993

Das Info aus der Flora

Stadtteilfest am 11.9.

GUTEN MORGEN!!
Das Straßenbild ist wieder freundlicher: die Wahlplakate sind verschwunden.
Das Wetter ist zur Zeit nicht so gut. Und auch wir sind voll nicht so gut drauf. (Herbstdepressionen!)
Leider ist die Vokü immer noch geschlossen, so daß wir auf den gepflegten Kaffee in netter, angenehmer Atmosphäre verzichten müssen.
Der nächste Lichtblick in dieser bewegungslosen Zeit ist aber schon in Sicht: Der vierte Besetzungsgeburtstag der Flora am 1.11.
Nächsten Monat wird alles besser und die ZECK hoffentlich wieder dicker.
Eure Red.

P.S.: Wir sehen uns hoffentlich alle am 9.10. auf der Demo für die Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck und danach bei der Soli-Disco für die Vokürenovierung in der Flora!

Durchhalten!

Inhalt

Alle Fotos vom Foto-Archiv-Kollektiv





KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

V.i.S.d.P.: F.Lora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Die ZECK ist auch als Förderabo zu haben: Für mindestens DM 20,- vierteljährlich

**auf´s Konto:
Rote Flora e.V.
Stichwort: ZECK
Kto.-Nr.: 29492-202
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20
(Achtung! neues Konto!)**

FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202

vergeßt Eure Adresse nicht!



Sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Aufruf zur Demonstration am 9. Oktober in Lübeck - Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!

Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF, sitzt jetzt seit über 21 Jahren im Gefängnis. Trotz dieser 21 Jahre Sonderhaftbedingungen, trotz all dem, was man gegen sie versucht hat, ist Irmgard nicht gebrochen, ist sie lebendiger Beweis, daß Menschen an ihren Zielen, Wünschen und Hoffnungen auch unter härtesten Bedingungen festhalten können. Aber ihr Beispiel zeigt auch, daß Zeit keine unerschöpfliche Ressource ist. Irmgards Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und ihr Zustand zeigt sehr deutlich, daß nach dieser langen Haft keine Reserven mehr vorhanden sind.
Irmgard hat fast ihr halbes Leben im Knast verbracht. Wir wollen nicht zulassen, daß Irmgards Gesundheitszustand und die Dauer ihrer Haft die Perspektive für die anderen Gefangenen aus der RAF, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind, werden. Wir fordern die sofortige - und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller! Um den dazu notwendigen politischen Druck zu erreichen, rufen wir auf zu einer Demonstration am 9. Oktober 1993 in Lübeck.
Spätestens seit Anfang 1993 ist klar, daß der Staat seine Vernichtungspraxis gegen die Gefangenen fortsetzt: Es gab keine Freilassungen, außer der von Günter Sonneberg und bei denjenigen Gefangenen, deren Haftdauer regulär beendet war; es gab keine Zusammenlegung; nicht einmal alle haftunfähigen politischen Gefangenen wurden freigelassen, z.B. sitzt Ali Jansen trotz schweren Asthmas immer noch in Knast von Schwalmstadt. Bernd Rössner, der durch die jahrelange Isolation schwer krank geworden ist, wurde trotz des politischen Drucks nur mit einer Haftunterbrechung rausgelassen. Statt dessen gab und gibt es neue Prozesse, selbst gegen Gefangene, die bereits mehrfach zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind, aufgrund von Kronzeugenaussagen. Diejenigen Gefangenen, die bereits länger als 15 Jahre in Haft sind, wurde eine Entlassung verweigert: Stattdessen sollten sie psychiatrischen Gutachten unterziehen, die ihre weitere Gefangenschaft rechtfertigen sollten. Das Auftreten des Staates in Bad Kleinen hat deutlich gemacht, daß er weiterhin auf Eskalation setzt, bis hin zur Hinrichtung von Wolfgang Grams. Ebenso kann von der propagierten Normalisierung der Haftbedingungen keine Rede sein: Birgit Hogefeld ist seit ihrer Verhaftung in Bad Kleinen genau den gleichen Haftbedingungen unterworfen, wie Irmgard Möller und alle anderen Gefangenen aus der RAF zu Beginn der 70er Jahre, die von Amnesty International und dem UN-Menschenrechtsausschuß seit Jahren als Menschenrechtsverletzungen kristisiert werden.
Es findet eine Wiederholung und Fortsetzung der seit 23 Jahren gegen die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand praktizierten Politik statt. Irmgard Möller ist ihr seit über 21 Jahren ausgesetzt: In den 21 Jahren Ihrer Gefangenschaft wurden sämtlich Sonderhaftbedingungen - Einzel- und Kleingruppenisolation, Verschärfte Besuchsüberwachung und Briefzensur, Zensur der Politischen Information und Diskussion -, die von Anfang a: Gegen alle Gefangenen aus Guerillagruppen und antiimperialistischem Widerstand entwickelt wurden, gegen sie angewandt,



Irmgard Möller kam wie die meisten aus den Anfängen der RAF aus der Studentenbewegung 1967/68. 1971 schloß sie sich der RAF an. Im Mai 1972 führte die RAF mehrere Aktionen gegen die US-Kriegsmaschinerie durch, in Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf und gegen die Bundesrepublik, die den Völkermord in Vietnam unterstützte. Zwei Monate später, am

6. Juli 1972 in Offenbach, wurde Irmgard Möller verhaftet. Innerhalb weniger Monate war fast die gesamte Gruppe gefangengenommen worden. Der Bundesgerichtshof, das höchste Gericht in der BRD, legte das Programm gegen die Gefangenen fest: 24 Stunden Isolation.

Nachdem Irmgard Möller im ersten Prozeß zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt wurde, kam sie nach dieser Zeit nicht frei, sondern wurde in einem neuen Verfahren 1979 zu lebenslänglich plus 15 Jahre verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, im Mai 1972 unmittelbar am Angriff der RAF auf daß US-Headquarter Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Das Headquarter war für die Koordination der völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nordvietnams zuständig. Gestützt wurde das Urteil einzig auf die Aussage des Kronzeugen Müller. Müller, der nachweislich einen Polizisten erschossen hatte, wurde davon -freigesprochen-. nachdem er sich - durch jahrelange Isolationshaft gebrochen - der Justiz als Kronzeuge zur Verfügung stellte.Irmgard Möller hat als einzige der vier Gefangenen aus der RAF im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim die Nacht vom 18.10.1977 überlebt. Sie war durch mehrere tiefe Messerstiche schwerverletzt worden und sagte ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuß aus, daß der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe - entgegen der Regierungspropaganda - kein Selbstmord war. Trotzdem werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, in der Bundesrepublik strafrechtlich verfolgt, obwohl schon im ersten Verfahren gegen sie ärztliche Gutachter feststellten, daß sie durch die Auswirkungen der Isolationshaft verhandlungsunfähig war, wurden ihre Haftbedingungen, besonders nach dem 18.10.1977 noch verschärft: Ihre GenossInnen, mit denen sie In Stammheim vorher zusammegelebt hatte, waren tot - Ingrid Schubert, die ebenfalls vorher in Stammheim war, wurde im November im Gefängnis München-Stadelheim erhängt aufgefunden. Irmgard Möller wurde nach kurzem Krankenhausaufenthalt nach Stammheim zurückgebracht. Ihre Zelle glich jetzt einem Tigerkäfig: Statt einer Tür war ein offenes Gitter vor ihrer Zelle angebracht, mit einer Wache, die sie Tag und Nacht beobachtete. Sie mußte sich mehrmals täglich nackt ausziehen. Besucher durfte sie bis 1989, also I2 Jahre lang, nur noch hinter der Trennscheibe sehen. Seit 1980 ist Irmgard Möller In Lübeck inhaftiert und kam dort mit anderen Frauen aus der RAF in einem vollständig isolierten Trakt zusammen. Die Kleingruppe umfaßte dort nie mehr als drei bis vier Frauen, nur wenige Monate waren sie zu fünft. Im Sommer 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, ob Irmgard Möller entlassen werden solle. Da sie ihre politische Identität bewahrt hat und sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert, war die Entscheidung negativ.

21 Jahre ist Irmgard Möller in Haft, andere politische Gefangene seit 18, 15, zehn oder sechs Jahren - für alle Menschen sind diese Jahre im Gefängnis zuviel. Wir halten - fest an der Forderung nach Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, der Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen mit der Perspektive ihrer Freilassung und der sofortigen Aufhebung der verschärften Isolationshaft bei Birgit Hogefeld.



Wir fordern:
Freilassung von Irmgard Möller
JETZT !

Demonstration 9.10.93 11 Uhr
Lübeck Parkplatz Wallhalbinsel

Zeit ist keine unerschöpfliche Ressource

Im folgenden drucken wir einen Text ab, der sich mit der Situation der Gefangenen Bernd Rössner und Ali Jansen befaßt und kurz auf die neuen Prozesse gegen bereits verurteilte Gefangene eingeht.

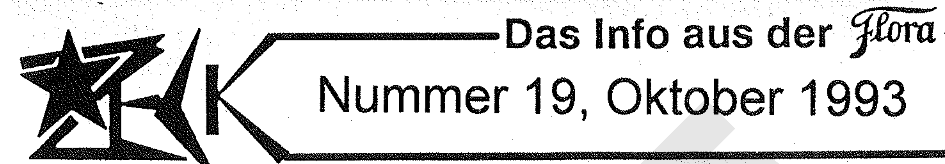
Bernd Rössner sitzt seit April 1975 im Knast. Er war Mitglied eines Kommandos der RAF, das im April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm besetzte, um die Freilassung von 26 politischen Gefangenen durchzusetzen. Verurteilt wurde er zu zweimal lebenslänglich. In den folgenden Jahren wurden mehrere Anträge von ihm auf Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF abgelehnt. Zusätzlich zu der Isolation wurde er laufend schikaniert und vom Wachpersonal verprügelt. In den achtziger Jahren verschlechterte sich sein Gesundheitszustand durch diese Bedingungen immer mehr. 1988 stellte ein medizinischer Gutachter seine Haftunfähigkeit fest. Er empfahl, ihn in die Psychatrie zu verlegen, weil sein Willen, sich nicht zu unterwerfen, ungebrochen war. Doch an der Haftsituation änderte sich nichts.
Im Mai 1990 lehnte ein Gericht die gesetzlich mögliche bedingte Freilassung ab. Die Mutter stellte beim Bundespräsidenten ein Gnadengesuch für ihn. Eine bereits formell versprochene Begnadigung im Oktober 1992 kam nicht mehr zur Anwendung, weil der Bundespräsident von der Bundesregierung keine Rückendeckung mehr hatte. Stattdessen erhielt Bernd Rössner im November eine Haftunterbrechung von 12-18 Monaten, um sich einer Therapie zu unterziehen. Was danach ist, ist völlig offen. Es ist zu befürchten, daß Bernd Rössner danach erneut inhaftiert wird. Dies würde sein Leben ernsthaft wieder bedrohen.

Bernd Rössner muß für immer draußen bleiben!!

Ali Jansen, ein Gefangener aus dem Widerstand, ist seit März 1988 inhaftiert. Er wurde wegen einer Solidaritätsaktion (Brandanschlag auf eine Renault-Niederlassung) zur Unterstützung eines Hungerstreikes der Gefangenen aus der Action Directe (Frankreich) zu sieben Jahren verurteilt. Ali Jansen saß bereits von 1971 bis 1980 wegen Mitgliedschaft in der RAF im Knast.
Ali Jansen leidet unter schwerem Asthma und kam in den letzten Jahren durch akute Anfälle in lebensbedrohende Situationen. Er soll durch seine Krankheit unter Druck gesetzt werden und erst dann entlassen werden, wenn er seine politische Haltung aufgibt. Die Gefangenen selbst werden für die gesundheitlichen Schäden, die aus den Haftbedingungen resultieren, verantwortlich gemacht.
"Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen, eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar (Zitat: OLG Frankfurt v. 21.4.92)."

Ali Jansen muß sofort freigelassen werden!!
Sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen!!





Seit September 1992 laufen neue Verfahren gegen bereits verurteilte Gefangene aus der RAF. Teilweise sind die Gefangenen schon zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Die Verfahren bzw. Prozesse finden aufgrund von Kronzeugenaussagen ehemaliger RAF-Mitglieder statt, die jahrelang im Exil in der DDR lebten. Jede weitere Verurteilung zu einer weiteren lebenslänglichen Strafe verschafft die formale Grundlage, die "vorzeitige" Entlassung nach den 15 Jahren zu verhindern. Bei den drei Gefangenen aus der RAF Eva Haule, Sieglinde Hoffmann und Ingrid Jakobsmeier, die zu Zeitstrafen verurteilt wurden, droht nun ebenfalls die lebenslängliche Verurteilung. Die neuen Verfahren bestätigen den Vernichtungswillen des Staates, keine/n Gefangene/n aus der RAF, der/die nicht abschwört, gesetzlich vorzeitig zu entlassen. Sie wollen Gefangene mit Geiselstatus. Lebenslänglich soll für die Gefangenen nach der Vernichtungs- und Folterlogik des Staates dann auch tatsächlich lebenslängliche Haft bedeuten. Sie wollen die Gefangenen im Knast beerdigen.
(Zitat des Ex-Generalbundesanwalts Alexander v. Stahl im letzten Herbst 1992 zu den neuen anstehenden Prozessen. "Damit ist garantiert, daß Christian Klar nicht nach 15 Jahren entlassen wird.")
So läuft seit Mai 1993 der Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier. Sie wurde 1984 wegen Mitgliedschaft in der RAF zu neun Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 1993 müßte sie entlassen werden. Nun wird sie beschuldigt, an den Angriffen der RAF 1981 gegen Ramstein (Hauptquartier der US-Air-Force in Europa) und Kroesen (Oberkommandie

und des Nato-Abschnitts gewesen zu sein.
Am 8.10.1993 beginn
diesmal gegen Rolf-C
des Angriffes der F
(Oberbefehlshaber de
Wagner ist bereits zı
verurteilt worden.

Die laufenden
Prozesse müsser
werden!!
Ingrid Jakobsm
freigelassen werd
Freilassung aller
Langzeitgefangen
Zusammenlegung
politischen Gef[illegible] mit der
Perspektive ihrer Freilassung!!



An alle Datenreisende (*) !

Das SPINNENNETZ hat z.Z. mit einer Vielzahl an Gerüchten und Falschinformationen zu kämpfen. Unterstützt SPINNENNETZ und informiert euch im Schwarzmarkt und anderen Infoläden ! Nutzt auch weiterhin SPINNENNETZ ! Laßt euch nicht von den Geheimdienstschergen verunsichern !

(*) Menschen, welche Computer und Telefonleitungen benutzen, um Informationen (Texte/Bilder) mit anderen Menschen in z.T. entfernten Städten auszutauschen.

SPD-Technokraten wickeln Kindergarten ab.

Drei Wochen vor der Wahl hat die SPD Hamburg Mitte durch die Komission für Bodenordnung das städtische Grundsück Wohlwillstraße 41, auf dem seit Jahren in einem einstöckigen Bau ein Kindergarten der Friedenskirche betrieben wird, einem Spekulantenduo (K.J. Maraczny und L. Bialek) "anhand" gegeben, d.h. zur Planung überlassen. Die seit 2 Jahren bestehenden eigenen Planungen der Friedenskirche, die in Zusammenarbeit mit Stattbau und anderen, teils sogar städtischen sozialen Einrichtungen (Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung; Verein "Op de Wisch"; Kirchengemeindeverband Altona) entstanden und eine 5-geschossige Bebauung mit Sozialwohnungen für ca. 60 Menschen (1. Förderungsweg, d.h. § 5-Schein, Anfangsmiete: 8,90 DM/qm), darunter Behinderten- und Jungerwachsenenwohnungen, sowie die Erweiterung des Kindergartens von 40 auf 60 Plätze vorsahen, wurden in in altbewährter SPD-Manier übergangen. Der Beschluß des Bezirkes sieht jetzt nur noch Sozialwohnungen nach dem 3. Förderungsweg (Anfangskaltmiete: 12,20 DM/qm), sowie eine Kita mit 60 Plätzen vor, bei der aber fraglich ist, wer die durch Privatinvestition zu erwartende viel höhere Miete zahlen soll und kann. Die Existenz der Kita ist durch den Beschluß somit akut gefährdet!
Darüberhinaus leistete sich die Bezirks-SPD die Frechheit, die Ausbootungsaktion durch gezielte Lügen und Falschinformationen in von ihr verbreiteten Flugblättern falsch darzustellen.
Der wahre Grund für die SPD-Technokraten, gegen das Konzept der Friedenskirche und für private Investoren zu stimmen, ist, wie sich an einigen Äußerungen von Markus Schreiber (SPD Bezirksfraktionsvize) ablesen läßt, eine "bessere Soziale Mischung". Denn die teuren Sozialwohnungen des 3. Förderungsweges können sich sozial Schwache nicht leisten. "Wir wollen, daß der Anteil von Leuten, der Müll aus dem Fenster kippt, nicht weiter steigt" (Zitat Markus Schreiber). Im Klartext: Soziale Säuberung des Stadtteils, Vertreibung von sozialen Randgruppen. Die selbsternannten VertreterInnen der Arbeiterklasse wollen sich so ihrer eigenen schmuddeligen Wurzeln konsequent entledigen und die Quartiere von Problemgruppen säubern.

Deswegen sollen die zu bauenden Sozialwohnungen an der Wohlwillstraße 41 lediglich nach dem 3. Förderungsweg gefördert werden, deswegen hetzte sie gegen das Konzept der Friedenskirche, das angeblich die Unterbringung von ehemaligen Drogenabhängigen (eine Lüge) in den geplanten Jugendwohnungen vorsah und in den Augen der Saubermänner und -frauen eine nichtzumutbare weitere Belastung des Stadtteils darstellen würde. "Übersehen" wurde dabei, daß die Jugendwohnungen von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung gewollt sind.
Mit der Anhandgabe des Grundstücks an die beiden Investoren hat die SPD noch rechtzeitig vor der für sie verheerenden Wahl Fakten geschaffen. Und die Wahl hat gezeigt, daß die hier lebenden Menschen, soweit sie wählen (dürfen), eher zuviel SPD im Stadtteil als unzumutbare Belastung ansehen. Die Friedenskirchengemeinde und der Kindergarten wollen auf jeden Fall nicht aufgeben und weiter für ihr Konzept kämpfen.
Zurücknahme des Beschlusses der Kommission für Bodenordnung!
Überlassung des Grundstücks W 41 für das Konzept der Friedenskirche!



Demokratie-eine Idee

Unter diesem Motto führte die SPD am 30.8. in der heißen Wahlkampfphase zur Bürgerschaftswahl eine Veranstaltung in der Altonaer Fabrik durch. Mit Lafontaine hatte sich zur Unterstützung des profillosen Voscherau auch Prominenz aus dem Saarland angesagt. Vor der Fabrik verteilte die Anti-Quarree-Initiative Flugblätter, die den Deal zwischen Senat und den Investoren thematisierten: 16,5 Mio DM schenkte der Senat seinen guten Bekannten Büll und Liedtke (verantwortlich u.a. auch für den Bau des Phantoms der Oper) noch kurz vor der Wahl. Einigermaßen unauffällig gekleidete StörerInnen bezahlten den Eintritt, um im Gebäude etwas Stunk machen zu können. Es sollte das legendäre 'Voscherau spinnt'-Transparent, welches in Andy Warhol-Manier Popart mit politischer Agitation verbindet, bei Beginn von Voscheraus Rede medienwirksam entrollt werden. Aufgrund der überproportionalen Anzahl von Sicherheitskräften (Zivis, Lafontaine-Bodyguards und Juso-Ordner machten sicherlich die Hälfte des Publikums aus) war dies jedoch unmöglich. So konnten nur einige Handzettel mit Parolen wie "Flora und Hafen bleiben" in die Menge geworfen werden. Im darauffolgenden Tumult profilierten sich die Juso-Ordner durch besondere Brutalität beim Entfernen der StörerInnen. Das Transparent wurde schließlich noch auf dem Kassenhäuschen vor der Fabrik für einige Minuten gezeigt, bevor es die Schergen im vorauseilenden Gehorsam wegen angeblicher Beleidigung von Voscherau beschlagnahmten. Im Zuge dieser Beschlagnahme wurde einem verdienten Genossen derart der Hals umgedreht, daß er mit dem Krankenwagen weggefahren werden musste. Die jungen Sozial**dämon**kraten aus dem Wandsbeker Bezirk, bekannt durch ihre konservative Gesinnung (Voscherau, Wagner und Hackmann kommen aus eben diesem SPD-Kreis), zeichnete sich dabei durch faschistoide Sprüche aus, wie "Scheißzecken, geht arbeiten" und "Der kann sich gleich in einen Rollstuhl setzen" als Kommentar zur Verletzung des einen Menschen. Daß die Störer keine Redezeit bekamen und statt dessen unsanft aus der Veranstaltung geschmissen wurden, zeigt, daß Demokratie für die SPD eben nur eine Idee ist. ...und mehr auch nicht.

Auch anderen Kreisen stieß das skandalöse und brutale Vorgehen auf der Veranstaltung auf, wie der im Folgenden dokumentierte LeserInnenbrief aus der Hamburger Rundschau vom 9.September zeigt:

Offener Brief an Herrn Voscherau

Sehr geehrter Herr Voscherau! Mit Entsetzen und Enttäuschung habe ich bei der Wahlveranstaltung in der Fabrik verfolgt, wie mit Menschen umgegangen wird, die andere Meinungen kundtun wollen. Sehen



sie keine Möglichkeit, sich im Gespräch mit Aussagen von Transparenten auseinanderzusetzen? Einer Kritik müsste man sich doch stellen, statt sie mit Hilfe zahlreicher Saalschützer der jungen Sozialdemokraten und der Polizei zu unterdrücken. Genau hier wird Demokratie doch auf eine Probe gestellt; die Gäste hätten sich doch eine Meinung bilden können. Mit Befremden habe ich wahrgenommen, wie Mitglieder der jungen Sozialdemokraten anderen Menschen die Arme verdreht, sie in Schwitzkasten genommen und sie als "linke Zecken" beschimpft haben. Die SPD verliert anscheinend immer mehr den Bezug zur eigenen Geschichte.



Bilder meiner Kindheit tauchen wieder auf - damals waren Transparente der SPD Grund für Festnahmen und Prügel. Vor der Tür konnte ich das Transparent dann noch kurz sehen, bevor es von Polizisten weggenommen wurde, wobei ein junger Mann derart verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus musste: 12 bunte Siebdruckbilder mit ihrem Kopf und der Spruch "Voscherau spinnt!" waren abgebildet. Die Reaktionen sind m.E. unverhältnismäßig, werfen einen dunklen Schatten über das Demokratieverständnis der Partei und lassen auch bei mir Politik- und SPD- Verdrossenheit aufkommen.

Mit freundlichen Grüßen, G.B.

Richtigstellung der Ereignisse vom 2.Juni und eine Kritik der "Anmerkungen und Einschätzungen" in der Zeck Nr.16

Wir wollen zuerst den Verlauf der Ereignisse schildern. Nachdem uns der Mordanschlag in Solingen bekannt geworden war, ist am 29. 5. 93 ein Treffen angesagt worden. Dort wurde entschieden, am darauffolgenden Tag, den 30. 5. um 17.00 Uhr auf dem Spritzenplatz in Altona eine Straßenversammlung durchzuführen, um erste Reaktionen gegen den Mordanschlag zum Ausdruck zu bringen und um über weitere Aktionen zu diskutieren. Auf dem Spritzenplatz versammelten sich 600-700 Menschen, überwiegend Migranten und Migrantinnen. Danach fand eine spontane Demo, ein Protestmarsch bis zum Volkshaus statt. Nach der Demo versammelten sich ca. 200 Menschen im Volkshaus. Bei diesem Treffen ist entschieden worden, den 2. Juni als einen Tag des Streiks festzulegen und am gleichen Tag um 12.00 Uhr eine Demonstration auf dem Rathausmarkt zu veranstalten. Während der Versammlung wurde für die technischen Aufgaben ein Komitee gebildet. Dieses aus 16 Personen bestehende Komitee nannte bei einem anschließenden Treffen die Versammlung eine als Aktionseinheit entstandene Initiative der Selbstständigen, ArbeiterInnen, SchülerInnen, StudentInnen und Vereinen aus der Türkei in Hamburg.

Das Komitee hat den Inhalt eines Aufrufplakates bestimmt (in vier Sprachen : Mordanschlag in Solingen; zum Protest gegen die rassistischen Angriffe: Tag des Streiks : Mittwoch d. 2. 6. 1993, Kundgebung um 12.00 Uhr vor dem Rathaus.)

Um das deutlicher zu machen, es war kein Bündnis unter den türkischen linken Gruppen, sondern eine Aktionseinheit, die durch die Initiative der radikalen linken (überwiegend aus der Türkei stammenden) Migranten und MigrantInnen entstanden ist. Dieser radikale Flügel in der MigrantInnenbewegung versteht sich nicht als eine türkische linke Gruppe, sondern als einen radikalen linken Flügel der MigrantInnenbewegung hier. Dieser krasse Unterschied hat sich nocheinmal in den Diskussionen vor dem 2. Juni an der Frage der türkischen Flagge offenbart. Alle, die sich als eine Gruppe in der türkischen Linken verstehen, waren für ein Verbot dieser Flagge, bestenfalls für das Entfernen der türkischen Flagge bei der Demonstration. Dieses Verhalten der türkischen linken Gruppen konnte durch das entschiedene Auftreten der linken MigrantInnen, die sich auf keine Nation bezogen definieren, zurückgedrängt werden, nachdem "kein Verbot der türkischen Flagge und keine Gewalt gegen flaggentragende türkische Jugendliche" als eine Voraussetzung für diese Aktionseinheit dargelegt wurde. (Wir sparen uns jetzt die Begründung dieser Position hier darzustellen. Dies bedarf einer anderen Diskussion)

Ab dem 31. 5. wurden sowohl der Streiktag als auch die Demo vor dem Rathaus durch Plakate und Flugblätter angekündigt. Am 1. 6. fand eine Pressekonferenz statt, so daß die Menschen in Hamburg genügend Informationen auch über die Medien bekommen haben müßten. Es bestanden keine direkten Kontakte mit "Szenevolk", was normalerweise verständlich sein müßte, da die MigrantInnen diese Aktion auf die Kraft der MigrantInnen selbst stützend durchführen wollten und ihre Energie dafür eingesetzt haben. Aber unvermittelt kann das ganze Geschehen nicht sein.

Es mag natürlich überraschend sein, wenn eine solche Bewegung von MigrantInnen nicht erwartet wurde. Wie oben dargestellt wurde, die **Ereignisse am 2. Juni haben sich doch aus einer Stimmung und Diskussion heraus entwickelt, die unter den (überwiegend aus der Türkei stammenden) MigrantInnen stattfand, die in der Tat auch aufgrund der objektiven Bedingungen reagierende Kraft waren.** Es war dann doch möglich, eine breite Aktionseinheit der MigrantInnen zustande zu bringen.

Die türkischen Geschäfte waren zum größten Teil an diesem Tag geschlossen. Am Ladenstreik beteiligten sich teilweise auch kurdische, asiatische und vereinzelt deutsche Geschäfte. Es sind viele aus der Türkei stammende ArbeiterInnen, dem Aufruf folgend, aber meistens individuell, der Arbeit ferngeblieben. (Es ist uns nicht gelungen eine kollektive Beteiligung in den Betrieben zustande zu bringen.) In vielen Schulen wurden unter anderem auch durch die Unterstützung der SchülerInnenkammer Schulstreiks durchgeführt. Nicht nur die *"ausländischen"* SchülerInnen waren zahlreich an der Demonstration erschienen. Das war ein großer Verdienst, daß ein solch breites Spektrum zusammengekommen war. Unsere größte Sorge war, daß kein gewalttätiger Streit unter den Beteiligten zustande kommt. Daß es in diesem Sinne zu keinem nennenswerten Zwischenfall gekommen ist, dürfte normalerweise nicht übersehen werden. Dies findet in der "Einschätzung" (ZECK Nr. 16) aber gar keinen Platz. Daß sich ein einheitlicher Block gegen die Polizei richtete, müßte eigentlich in erster Linie erwähnt werden.

Daß die Initiative bei der Demonstration bei den Jugendlichen lag, stimmt nur zum Teil. Eine Initiative, die sich gegen den deutschen Staat richtete, war sowieso erwünscht. Daß die Jugendlichen in diesem Sinne die Initiative ergriffen haben, ihre Wut gezeigt haben, war doch eine gute Sache. Diese Wut hat sich aber im Gegensatz zu vielen anderen Städten an diesen Tagen nicht an die Linken gerichtet (auch nicht wie in Mölln). Zu diesem Verhalten der türkischen Jugendlichen in Hamburg ist nicht ohne vorheriges Bemühen auf einmal gelangt worden. Auch während der Demonstration waren nach der ersten Abspaltung nach dem Polizeiangriff in der Spaldingstrasse einige MitgliederInnen des Komitees bei den türkischen Jugendlichen, wo es zu der ersten Festnahme kam. Die naheliegende Kreuzung wurde von türkischen Jugendlichen besetzt, um eine Freilassung zu erzwingen. Nachdem die Polizei aber Verstärkung holte, haben alle beschlossen, sich dem Hauptdemonstrationszug wieder anzuschließen und dort die Forderung nach der Freilassung weiterhin zu stellen. So haben sich die türkischen Jugendlichen an der Kreuzung Jungiusstr. / Gorch-Fock Wall der Demonstration wieder angeschlossen und dort wurde auch die Festnahme in der Spaldingstrasse bekannt gegeben. Wie ihr wißt, geschah ähnliches auch an der oben genannten Kreuzung. Wie dort auch verkündet wurde, war dies keine gewöhnliche Demonstration, die irgendwo anfangen und irgendwo enden sollte. Die SchülerInnen waren ja durch Demonstrationszüge von den Schulen zum Rathaus hingezogen. War der Demoanfang vor

dem Rathaus ? Die Wut der Jugendlichen bei der Demo zeigte schon, daß es doch angemessen war, die Demo nicht einfach zu beenden.

Dementsprechend lief die Demo, genauer gesagt der Tag. Daß einiges durcheinander war ist für so einen Tag normal, oder ? Kann in einer Bewegung, in der nicht nur bei den Beteiligten, sondern auch im Komitee selbst verschiedene Tendenzen bestehen, alles reibungslos ablaufen ?
Wir haben nicht versucht, alles zu bestimmen, was an diesem Tag geschehen soll. Wir waren letztendlich dafür, daß die Menschen ihre Wut zum Ausdruck bringen, und zwar auf ihre Art und Weise.
Einiges über die **"ziellose und verantwortungslose Militanz".** Es war keine ziellose Militanz, wenn ihr Euch nicht auf das Scheinbare fixiert. Mit den Steinwürfen gegen "irgendwelche Fensterscheiben" richteten sich die Jugendlichen gegen die deutsche Gesellschaft, gegen den Alltag hier. Die Scheiben, die Autos waren eine Verkörperung der Unterdrückung und des alltäglichen Rassismus in den Augen der Jugendlichen. (Wie die Maschinen in der Anfangsphase der ArbeiterInnenbewegung als Ausbeutung angesehen und kaputt gemacht wurden. Wer kann das Gegenteil behaupten, daß die ArbeiterInnen sich nicht gegen ihre Ausbeutung gesetzt hatten.) Nachdem ein Iraner in der Spaldingstrasse sagte *"Ihr habt mein Auto kaputtgemacht"* reagierte ein Jugendlicher *"Du solltest lieber ein Schild dran machen und drauf schreiben, ich bin ein Ausländer".* Wem das Auto oder der Laden gehörte, spielte letzten Endes eine zweitrangige Rolle. Selbst wenn es einem Ausländer gehörte, änderte sich in dem Zusammenhang an der Tatsache nichts, daß dadurch die deutsche Gesellschaft zur Zielscheibe gemacht worden ist.
Verantwortungslose Militanz : (unvermummt, Steine aus der 20. Reihe) Durch Unvermummtsein gefährdet mensch jemanden? Höchstens nur sich selbst. Wenn das aber für einen Moment, für einen Tag oder sogar für ein ganzes Leben in Kauf genommen wird, was soll daran verantwortungslos sein ? Die Jugendlichen hatten an diesem Tag nichts zu verlieren. Sie werden die Erfahrung machen und sich entscheiden, ob sie vermummt oder unvermummt an der Auseinandersetzung teilnehmen. Aber diese Sache wird auf keinen Fall etwas mit Verantwortung zu tun haben.
Steine aus der 20. Reihe : Das hat natürlich etwas mit Verantwortung zu tun. Wenn ihr aber einen anderen Blickwinkel hättet, hättet ihr die **hervorragende Militanz** dieser Jugendlichen erwähnt, welche aus der ersten Reihe unvermummt Steine gegen die Polizei geworfen haben. Das mag gefährlich sein, aber zum Glück gibt es immer wieder Menschen, die sich über ihre eigene Sicherheit nicht so viel den Kopf zerbrechen.
Welche Konsequenzen und Auswirkungen der Tag 2. Juni für die Zukunft haben wird, sehen wir unter anderem schon bei eurer Reaktion, bei der pauschalen Degradierung dieser Ereignisse auf Wertlosigkeit.

Leute aus dem Vorbereitungskomitee für die Kundgebung am 2.6.

Stellungnahme der ZECK-Redaktion

Bei dem Artikel in der Zeck Nr. 16 vom Juli 93 haben wir die Ereignisse aus privilegierter "autonomer Sicht" geschildert und die Bewertung auch am Verhalten der Autonomen im Schanzenviertel vorgenommen. So bezieht sich auch unsere Aussage, daß " die Ereignisse nicht aus einer Diskussion heraus passiert sind" auch auf die autonome Szene und nicht auf die Aktionen der MigrantInnen.
Unser Fehler war es, daß wir dies in unserer Einschätzung nicht deutlich gemacht haben.
Da wir die Ereignisse des 2. Juni aus unserer Sicht (als weiße Deutsche), die zwangsläufig eine andere ist als die von MigrantInnen, gesehen haben, konnten wir die Bedeutung nicht in gleichem Maße nachempfinden.
Erst in einem kurzen Gespräch mit Leuten aus dem Komitee wurde uns klar, daß es das erste mal war, daß sich MigrantInnen in Hamburg militant mit der Polizei auseinandergesetzt haben (oder: auseinandersetzen mußten).
Es geht uns keinesfalls darum die Berechtigung der Militanz der Jugendlichen in Frage zu stellen. Da wir aber selbst als DemoteilnehmerInnen betroffen gewesen sind, kritisieren wir die Form und bleiben bei unserer Aussage, daß Steinwürfe aus der 20. Reihe die in den vorderen Reihen runterkommen verantwortungslos sind. Das wird auch nicht von einer "hervorragenden Militanz" entschuldigt, die sich durch eine Selbstgefährdung ausdrückt, die im unvermummten Werfen aus der ersten Reihe besteht.



Zu den inhaftierten Antifas aus Nordhessen

(siehe auch letzte Zeck, Nr. 18).

Gegen alle 10 beteiligten Antifas wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen gemeinsamer versuchter Tötung erhoben. Alle saßen einige Wochen lang in Untersuchungshaft. In der Zwischenzeit sind 5 Personen (zuerst 4, dann nochmal eine) nach Haftprüfungsterminen entlassen worden.
Die Faschisten haben teilweise über ihre eingeschalteten Anwälte die Privatadressen der AntifaschistInnen rausbekommen und sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Anti-Antifa übergeben. Die Anti-Antifa ist gleichfalls damit beschäftigt noch nicht bekannte Adressen der beteiligten AntifaschistInnen herauszubekommen.

DVU-Veranstaltung gestört

Am 1.9.93 fand im "Restaurant Eckhardt", Paul-Nevermann-Platz (Altona) eine DVU-Veranstaltung statt. Diese Veranstaltung war in antifaschistischen Kreisen rechtzeitig bekannt, so daß dorthin mobilisiert werden konnte, um das Treffen der Faschisten zu stören.
Ungefähr 40 AntifaschistInnen sammelten sich vor dem Restaurant und überlegten, wie sie vorgehen sollten. Diese Zeit nutzten die meisten der auf dem DVU-Treffen Anwesenden, die von den AntifaschistInnen auf der Straße mitbekommen hatten, um durch den Hinterausgang zu verschwinden.
Als die AntifaschistInnen dann den Raum der DVU-Veranstaltung betraten waren nur noch ca. 15 der anfangs 40 bis 50 DVUlerInnen anwesend. Es gab lediglich Wortgefechte, Rangeleien (ein DVUler drohte mit einem Messer) und DVU-Propagandamaterial wurde packenweise mitgenommen und anschließend vernichtet. Außerdem wurde bei einem Wagen von der DVU ein Reifen zerstochen.
Auch wenn nicht mehr passiert ist und keiner der DVU-Ärsche etwas abbekommen hat und das Restaurant auch unversehrt blieb, so wurde diese Veranstaltung zumindest gesprengt und der DVU gezeigt, daß sie nicht unbehelligt Treffen machen kann, sondern daß sie mit konkreter Gegenwehr gegen ihre rassistische Hetz-Poltitik zu rechnen hat.

Das "Restaurant Eckhardt" wußte, daß es die DVU war, die den Raum angemietet hatte (nicht so wie das "Restaurant Eggers" in Rahlstedt, wo eine DVU-Pressekonferenz stattfand, die BetreiberInnen jedoch behaupten, nicht gewußt zu haben, daß die DVU die Räume angemietet hatte).
Das "Restaurant Eckhardt" ermöglicht es der DVU, Treffen und Veranstaltungen zu machen und unterstützt damit die rassistische, faschistische Politik der DVU.
Auch wenn jetzt der Wahlkampf vorbei ist und somit die Aktivitäten solcher Parteien wie den Republikanern und der DVU zurückgehen, muß das Ziel der AntifaschistInnen sein, Treffpunkte und Räume der Faschisten öffentlich zu machen und den RaumanbieterInnen klar zu machen, daß es nicht geduldet wird, daß sie Faschisten Räume anbieten.

Wahlabend in Hamburg

Zum 19.9 hatten verschiedene antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration gegen rechtsextreme Parteien aufgerufen. Dem Aufruf folgten etwa 2000 - 3000 Leute, die sich gegen 18.30 Uhr in einen Demozug vom Hansaplatz in Richtung Rathaus in Bewegung setzten. Wie nicht anders zu erwarten, war der Rathausplatz abgesperrt und durch ein Aufgebot von ca. 2000 Bullen, BGSlern etc geschützt, so daß die Kundgebung in 200 Meter entfernt vom Rathaus an der Bullensperre stattfinden mußte. Damit waren mögliche Überlegungen, wie z.B., den triumphalen Auftritt der Rechten im Rathaus zu verhindern, von vornherein ausgeschlossen. Statt dessen blieb nicht viel anderes übrig, als die Wahlprognosen zu verfolgen, Musik und Redebeiträgen zu lauschen - und sich an dem Gefühl festzuhalten, wenigstens auf der Straße zu sein, irgendwie Protest auszudrücken ... mehr aber auch nicht.Einige Losungen vom Lautsprecherwagen, wie z.B.,"daß wir noch nicht aus dem Schneider (wären), solange nicht klar ist, ob die REPs in die Bürgerschaft kommen", zeugten im übrigen von dem fragwürdigen Ansatz, daß die Faschisten erst gefährlich seien, wenn sie -für alle sichtbar- in den Parlamenten sitzen.
Die Tatsache, daß zur gleichen Zeit die Reps in einem Restaurant in Farmsen ungestört abfeierten und trotzdem die DemoteilnehmerInnen zum Bleiben am Rathaus aufgefordert wurden, verstärkte noch das Gefühl von zielloser Ohnmacht und mangelnder Vorbereitung auf diesen Tag.
Ein Lob den (leider sehr wenigen) schnell entschlossenen GenossInnen, die es schafften, trotzdem rechtzeitig nach Farmsen zu kommen, um Schönhuber und einem anderen Republikaner beim Verlassen des Restaurants wenigstens noch ihre Meinung an den Kopf zu knallen! Schönhuber wurde von Leuten angegriffen und mit Bier übergossen, ein weiterer Rep-Funktionär bekam eine Flasche an den Kopf. Leider kam es in diesem Zusammenhang zu drei Festnahmen.

Kein Räume für Faschisten!







Die bis ins Mark verlotterten Jungsozialdemokraten wollten am 15.9. eine ihrer verlogenen Propagandashows in der Trinkhalle Picken Pack mit dem Sozialverräter Voscherau durchführen.
Es lag auf der Hand, daß die revolutionären Teile der arbeitenden Klasse, der Bauern, der Intelligenz und der übrigen Werktätigen diesen trügerischen Angriff des Imperialismus nicht einfach hinnehmen würden und entschlossen den verkommenen Reformisten der SPD entgegentreten würden.
Schon die bloße Ankündigung revolutionärer Gegenwehr genügte, um die betrügerischen und hinterlistigen Gauner der Sozialdemokratie, die sich selbst auch nur noch als letzten Rettungsring des sterbenden und untergehenden Systems begreifen können, in die Knie zu zwingen.
Feige sagten sie den Auftritt ihrer imperialistisch durchdrungenen Marionette ab und entsendeten wenigstens 4 ihrer 16-E-Büttel, um gestandene GenossInnen oder Jungpioniere duch arglistiges Ausspähen bei der kapitalistisch-imperialistisch-antikommunistischen Bürokratie verraten zu können.
Dr. Kurt Euler, Vorsitzender des ZK der KED hielt eine rhetorisch nicht ausgefeilte Rede, welche auch mehrere Fehlgriffe enthielt. Jedoch konnte sich Dr. Euler bei seiner flammenden Analyse und seiner modernen und durch und durch zeitgemäßen Ausführungen gegen den Bartwuchs dem Beifall der anwesenden Massen sicher sein.

Neues von Wohlgroth aus Zürich

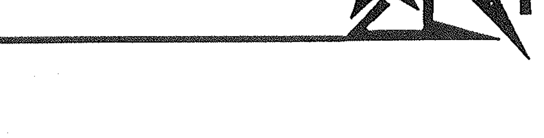
Die Autonome Kulturfabrik Wohlgroth ist von der Räumung bedroht

Pfingsten '91 haben wir uns endlich genommen, was wir brauchen:
Einen Ort, wo wir gemeinsam leben, arbeiten und festen können. Mittlerweile wohnen in der Wohlgroth ca. 120 Leute in sieben Wohnhäusern und unzählige mehr beteiligen sich am (Kultur)Betrieb.

Die Wohlgroth ist ein Experimentierfeld ohne feste Strukturen: Ein Ort, wo Kultur selbstbestimmt und auch selbsttragend ist; ein Treffpunkt ohne Konsumzwang. Und die Wohlgroth ist ein Gelände, das dem Waffenschieber und Immobilienhai Bührle gehört. Dieser hat die Abbruch- und Baubewilligung für eine Großüberbauung (2/3 Büroräume, der Rest Luxuswohnungen und Ladenfläche) bekommen: ein weiterer Schritt in Richtung Umstrukturierung des Kreis 5, Zerstörung von billigem Wohnraum und vielfältigem Quartiersleben.

Mit dem Abriß von diesem Gebäude stehen nicht nur von einem Tag auf den anderen 120 Leute auf der Straße. Es wird auch ein soziales Netz, das sich in und um die Wohlgroth gebildet hat, zerschlagen. Die immer wieder geforderten und erkämpften Freiräume (Bunker, Globus, Drahtschmiedli, Rote Fabrik, AJZ, Kanzlei) wurden geschleift oder institutionalisiert.
In der Wohlgroth haben wir gezeigt, daß autonome Strukturen auch über einen längeren Zeitraum funktionieren können.
Ob Ähnliches trotz neuer Repressionswelle (Kriminalisierung von HausbesetzerInnen) und Mangel an billigem Wohnraum wieder möglich sein wird, sei dahin gestellt.
Und gerade deshalb machen wir trotz anstehender Räumung (ab Mitte September) weiter.

Verhindern wir die Räumung - sind wir aktiv auf allen Ebenen!
Kommt vorbei. Besucht uns. Helft mit.
Demo 2. Oktober 13.30 Uhr Hechtplatz, Zürich



VORABMELDUNDG

DIE NATO KOMMT NACH LÜBECK-TRAVEMÜNDE

Manfred Wörner und Volker Rühe laden ein vom
19. bis 21.Oktober
ins Maritim Strandhotel und Kurhaushotel

Wer kommt noch?
Alle 16 Kriegsminister der NATO
Der Nukleare Planungsstab
ca. 600 NATO-MitarbeiterInnen
300 JournalistInnen
20 Fernsehteams
Jede Menge Politprominenz

Dies ist nach neun Jahren (1986 in Würzburg) das erste Treffen der NATO-Kriegstreiber im jetzt wiedervereinigten Deutschland.
Diese Tagung ist von internationaler Bedeutung und es kann spekuliert werden, warum sie zu dieser Zeit in der BRD stattfindet.

Nach der Wiedervereinigung versucht die BRD mit allen Mitteln vollwertiger Partner der NATO zu werden und einen Platz im UNO-Sicherheitsrat zu erlangen. Dazu beitragen sollen u.a. die Diskussion um waffenführende Einsätze der BRD-Armee sogar durch das Ausschalten des Grundgesetztes.
Dies ist ein Schritt zur Militarisierung der europäischen Bevölkerung.
Neben dem Erfahrungsaustausch vergangener Militärinterventionen und Massenmorden werden weitere Strategien festgelegt, um als imperialistische Weltpolizei aufzutreten. Nationale Unterdrückung wird gebilligt und unterstützt (England - Irland / Türkei - Kurdistan)
Zeigen wir den hohen Herren (und laut Lübecker Nachrichten 1 Frau), daß wir ihre Interventionspolitik ablehnen und ihre Tagung nicht stillschweigend hinnehmen werden!

Für eine menschenwürdige Gesellschaft
Kriegstreiber brauchen Friedhofsruhe

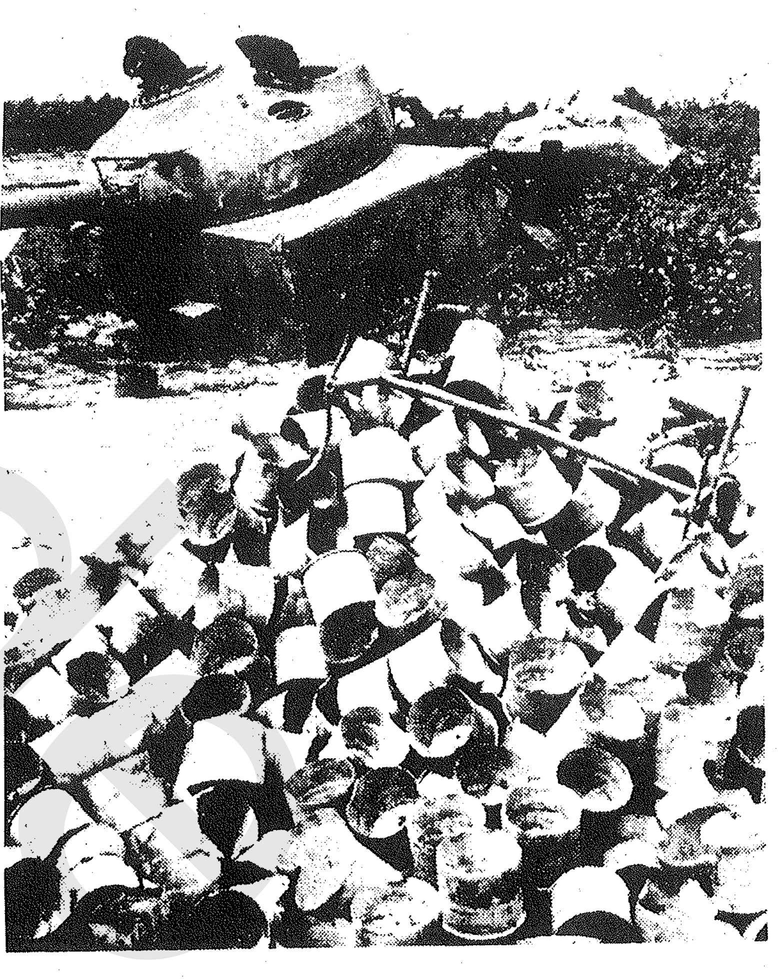
Wir werden Euch weiterhin über den neuesten Stand und eventuelle Gegenaktionen zu der NATO-Tagung informieren.

Leute aus Lübeck

Infos zur Nato-Tagung aus HH

Auch von Hamburg aus soll der Widerstand gegen die Kriegspolitik der NATO und der BRD organisiert werden.
Die DFG-VK lädt zu einem Treffen ein, auf dem über Aktionen diskutiert und diese evtl. vernetzt werden sollen. Weiter soll über eine gemeinsame Mobilisierung aus HH geredet werden.
In HH folgen der NATO-Tagung zwei weitere Termine, gegen die Widerstand organisiert werden soll. Am 22./23.10. und am 29./30.10. weilt die Ausstellung "Unsere Marine" am Alsteranleger. Über den genauen Umfang der Ausstellung ist noch nichts bekannt. Auch darüber wird auf dem Treffen geredet.

Das Treffen ist am **5.10.93, Haus für Alle, Amandastr.58, 2. Stock**



STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

Mo	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	17.-20.00	Motorradgruppe
	19.00	Vokü
Di	18.00	Veranstaltungsgruppe
	20.00	Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi	16.-20.00	Häusercafe
	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	21.00	jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do	16.-21.00	Info-Cafe zur Roten Flora
	19.00	Vokü
	17.-19.00	Offset-Druckgruppe
Fr	19.00	Vokü
Sa	16.-19.00	Fahrradselbsthilfe
So	19.00	14-tägig: vegane Vokü

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19.00 die freundliche Tresenschicht ansprechen!

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5/B-Movie: Brigittenstraße 5, 20359 HH
Cafe und Buch, Marktstraße 114, 20357 HH
EA: 4305892, Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10, 20357 HH, Tel.:4302590
Haus 3: Hospitalstr. 107, 22767 HH
Haus für alle: Amandastr. 58, 20357 HH
Jäpa: Wohlwillstr. 22, Hinterhof, 20359 HH
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 22765 HH
KSK: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27, 20357 HH, Tel.: 4301396
Rote Flora: Schulterblatt 71, 20357 HH, Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH, Tel.: 446095
Störtebeker: Bernhardt Nocht Str., 20359 HH
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstraße
Turm, Bergiusstr. 12, 22765 HH
Volkshaus, Neuer Kamp 31, 20359 HH

VOKÜPLAN

Mo:	19.30 Hafen
	20.00 Jäpa (vegan)
Do:	19.00 Flora (vegetarisch)
	19.30 Hafen
Fr:	19.00 Flora (vegetarisch)
	19.30 Hafen
	20.00 Turm (vegetarisch)
So:	19.00 Flora (vegan, 14-tägig)
	19.00 Hafen

Ausstellung
Weiblicher Armut auf die Spur kommen

vom: 10.-23. Oktober 1993
im: Stadtteilarchiv Ottensen e.V.
Zeißstraße 28 (Hinterhaus)
Hamburg-Ottensen
täglich von 15.00 - 19.00 Uhr

Eröffnung: am 10.10.1993 um 12.00 Uhr
--ausschließlich für Frauen--

Veranstaltung im Rahmen der Hamburger Frauenwoche: am 14.10.1993, von 18.00-20.00 Uhr
--ausschließlich für Frauen--

Diese Ausstellung haben wir in einer Gruppe von Frauen erarbeitet, die sich ein Jahr lang mit dem Thema weibliche Armut beschäftigt hat.
Die einzelnen Aspekte dieses vielfältigen Themas werden in der Ausstellung gegenständlich.
Uns stellt sich Armut nicht nur als ein materielles Problem dar, vielmehr haben wir auf unserer Spurensuche in vielen weiblichen Lebensbereichen ganz unterschiedliche Formen von Armut entdeckt.
Wir verzichten weitgehend auf die Auflistung von Zahlenmaterial, stattdessen haben wir unsere Schwerpunkte kreativ umgesetzt. Wir zeigen Bilder, Collagen und Inszenierungen.

















